

Allianz für Bildung

BMBF-Aktion: Bewegung für soziale Teilhabe

Anfang 2011 hat Bildungsministerin Annette Schavan die »Allianz für Bildung« ins Leben gerufen. Mit der Allianz soll eine breite bürgerschaftliche Bewegung für soziale Teilhabe durch Bildung in Gang gesetzt werden, und zwar vor allem dadurch, dass bestehende Initiativen gebündelt und vernetzt werden. Die ersten 13 Partner der Allianz unterzeichneten am 22. Februar bei der Didacta in Stuttgart die Gründungsurkunde. Gründungspartner waren u.a. der Didacta Verband, der Deutsche Bibliotheksverband, die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung sowie verschiedene Stiftungen. Mittlerweile wird die Allianz auch aus der Weiterbildung unterstützt.

Benachteiligung abbauen

Die Allianz für Bildung will den Aufbau lokaler Bildungsbündnisse fördern, vorhandene Initiativen vernetzen und fachliche Expertise vermitteln. Sie steht allen interessierten, überregional tätigen Organisationen offen, die sich für die Bildung insbesondere von benachteiligten Kindern und Jugendlichen einsetzen. »Die wichtigste Aufgabe dieser Allianz«, schreibt die Bildungsministerin im Gründungsauftrag (www.bmbf.de), »ist die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, die ihren Bildungsweg unter ungünstigen Bedingungen beginnen. Ziel ist es, den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und persönlicher Zukunft aufzubrechen.« Dabei soll vor allem das zivilgesellschaftliche Potenzial genutzt werden. In Deutschland gebe es, so die Ministerin, rund 18.000 Stiftungen, die zwischen 16 und 17 Milliarden Euro jährlich ausgeben, wobei die Zahl der geförderten Projekte in Bildung und Erziehung zunehme. Die Allianz versteht sich

als Instrument der Vernetzung, das die beteiligten Stiftungen, Organisationen und Initiativen dabei unterstützt, ihre Expertise zu bündeln, Beispiele guter Praxis bekannt zu machen und für einen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft zu werben.

Aktionsfelder der Allianz sind bislang: (1) Sport und Bewegung, (2) Kulturelle Bildung, (3) Forschen und experimentieren, (4) Begleiten, fördern und beraten, (5) Ganztägig lernen, (6) Verantwortungsgemeinschaften vor Ort stärken, (7) Gute Beispiele vorstellen. Die Allianz will auf Bundesebene als Dach über den lokalen Bildungsbündnissen fungieren und deren Installation und Vernetzung unterstützen. Sie knüpft an die – eher plakative, noch aus Zeiten der großen Koalition stammende – Ansage an, Deutschland müsse »Bildungsrepublik« werden. Dazu hatten die Bundesregierung und die Länder im Herbst 2008 auf dem Bildungsgipfel in Dresden erstmals ein Maßnahmenpaket beschlossen, das die Stärkung von Bildung und Ausbildung in Deutschland zum Programm machte. Insbesondere hatten sie sich auf den Grundsatz verständigt, Investitionen in Bildung und Forschung bis Mitte dieses Jahrzehnts auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern (zu den Problemen bei der Umsetzung siehe »Megathema Bildung kleingeschrieben« in EB 3/10).

Bundesausschuss beteiligt

Genau diese 10-Prozent-Forderung war auch Thema bei der Mitgliederversammlung des Bundesausschusses Politische Bildung (bap), die im Mai 2011 in Berlin stattfand. Der Bundesausschuss, in dem die Katholische Erwachsenenbildung mitarbeitet, befasste sich mit der prekären Förderungssituation, die der politischen

Weiterbildung derzeit zu schaffen macht (vgl. zuletzt »Bildung für Demokratie« in EB 1/11). Lothar Harles, Vorsitzender des bap, zog ein Zwischenfazit der Kampagne »Demokratie braucht politische Bildung«, die im Sommer 2010 angesichts der angekündigten Kürzungsmaßnahmen im Haushalt der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gestartet war. Er erinnerte dabei an die Notwendigkeit, den »Bildungsvorbehalt« – die Ausnahmestellung des Bildungsbereichs gegenüber der allgemein angesagten Sparpolitik und die Anhebung auf die 10-Prozent-Marke – gerade auch für die politische Bildungsaufgabe geltend zu machen.

Das bap-Plenum führte dazu ein Gespräch mit Dr. Christoph Braß vom Referat Bildungs- und forschungspolitische Grundsatzfragen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Der Bundesausschuss will in der Allianz für Bildung künftig mitarbeiten, um Nachdruck auf die politische Bildung zu legen, die bislang in dem Bündnis nicht repräsentiert ist. Braß informierte ferner über den »Bürgerdialog Zukunftsenergien« und sprach damit ein Thema an, das auch im Studienteil der bap-Mitgliederversammlung zur Diskussion anstand. Juliane Grüning vom Deutschen Naturschutzring (www.dnr.de), dem Dachverband der im Natur- und Umweltschutz tätigen Verbände in Deutschland, referierte hier über »Umwelt- und Naturschutzpolitik als Bildungsaufgabe zwischen Brüssel und Berlin«. Dabei wurden die politischen Herausforderungen deutlich, denen sich die Bildungsarbeit gerade angesichts der Energiepolitik »nach Fukushima« zu stellen hat. Bei dem Treffen wurde ferner die Neukonstituierung der Arbeitsgruppe Grundsatzfragen bekannt gegeben.

Neu aufgenommen in den Bundesausschuss wurde der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der in die Bildung und Begegnung von Jugendlichen unterschiedlicher Länder einen Schwerpunkt seiner Arbeit setzt (www.bap-politischebildung.de).

js

Mindestlohn in der Weiterbildung

Diskussion um Lohngerechtigkeit

Seit Jahren gibt es Bemühungen, die teilweise katastrophale Entlohnungssituation in der Weiterbildung zu verbessern und etwa für die berufliche Bildung einen Mindestlohn einzuführen. Ende 2010 hatte es hier wieder einen Rückschlag gegeben (vgl. »Abgelehnt: Mindestlohn in der Weiterbildung« in EB 4/10), was heftige Kritik von Bildungsverbänden und Gewerkschaften auslöste. Seit Anfang 2011 besteht jetzt wieder Grund zur Hoffnung: Ein größerer Kreis von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Weiterbildungsbranche soll künftig einen Mindestlohn erhalten. Im Zusammenhang mit dem Hartz-IV-Kompromiss beschlossen Bundestag und Bundesrat nämlich auch den Mindestlohn in der Weiterbildung auf Grundlage des Arbeitnehmerentendegesetzes (AEntG). Als federführende Gewerkschaft hatte sich ver.di kontinuierlich für eine solche Regelung eingesetzt und dafür gekämpft, dass der Branchentarifvertrag für allgemein verbindlich erklärt wird. Zur Umsetzung sind noch einige Schritte nötig, doch die Grundsatzentscheidung steht. Endlich sei so der Skandal um Hungerlöhne für hochqualifizierte Beschäftigte in der Weiterbildungsbranche beendet und die Bundesagentur für Arbeit könne Dumpinganbieter vom Wettbewerb ausschließen, erklärte die Vorsitzende des Bundesausschusses im Bundestag, Ulla Burchardt (SPD), zu der Einigung.

Erleichtert über die Einigung sind aber nicht alle. Die FAZ vom 27. Februar 2011 polemisierte in einem Artikel gegen eine solche Mindestlohnregelung. Ver.di kommentierte: »Wenn auf eine Zeitung in diesem Land Verlass ist, dann auf die FAZ. Zumindest dann, wenn es gilt, die Meinung der Arbeitgeberverbände in

die Welt hinaus zu schreiben. Fundierte Kenntnisse des Sachverhaltes und gute Recherche scheinen da eher schädlich zu sein.« ([www.ver.di-Website](http://www.ver.di-Website.de): www.netzwerk-weiterbildung.info). In dem Zeitungsartikel war wieder einmal von einer »ganzen Industrie« die Rede, die sich an den Arbeitslosen dumm und dusselig verdiene, und von einem Mindestlohn für Lehrer, die »erklären, wie man einen Lebenslauf fehlerfrei schreibt oder Computerprogramme bedient. Manchmal helfen sie den Arbeitslosen auch nur, morgens pünktlich aufzustehen.« Von den Kolping-Bildungszentren Westfalen gab es dazu übrigens einen ausführlichen Leserbrief, der sich mit der Lage in der Weiterbildungsszene beschäftigte.

»Lohngerechtigkeit in der Weiterbildung« ist auch ein Thema der neuen Ausgabe des DIE-Magazins (2/11), die zum Frühjahr 2011 erschienen ist (Bezug: www.diezeitschrift.de). Die beiden Autorinnen Ewelina Mania und Anne Strauch, die im Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) arbeiten, resümieren die Debatte über die Beschäftigungssituation in der Weiterbildung, über die Entlohnung und die sozialen Rechte des Personals. Allgemein halten sie fest: »Die Kluft zwischen Niedriglöhnen und guter Bezahlung in der Weiterbildung ist groß.« Daher seien – im Blick auf die Gesamtsituation – keine einfachen Lösungen vorzuschlagen. Sie plädieren vielmehr für das Konzept einer »relativen Lohngerechtigkeit«, bei der die Prinzipien der Markt-, Qualifikations- und Sozialgerechtigkeit zu berücksichtigen seien. Das DIE-Heft 2/11 steht übrigens unter dem Schwerpunktthema »Bildung und Gerechtigkeit«.

js